

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XIV
Abkürzungsverzeichnis	XV
Einführung	1
1. Teil: Die Grundzüge des hessischen Polizei- und Ordnungsrechts	3
§ 1 Der Begriff der Polizei	3
I. Die Bedeutung des Polizeibegriffes	3
II. Das Spiegelbild der Verfassungsgeschichte	4
III. Die heutigen verschiedenen Polizeibegriffe	6
IV. Die Doppelfunktion der Polizei	7
Fall 1: Der Streit ums Bad.	13
§ 2 Die Rechtsgrundlagen und Behörden im Polizei- und Ordnungsrecht	19
I. Die Verteilung der Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen	19
1. Die Bundesgesetze zur Gefahrenabwehr	19
2. Die hessischen Gesetze zur Gefahrenabwehr	20
II. Die Behördenstruktur bei der Gefahrenabwehr	22
1. Die Verwaltungsbehörden	22
2. Die Ordnungsbehörden	24
3. Die Polizeibehörden	26
4. Die örtliche Zuständigkeit	28
Fall 2: Der Elefant beschädigt ein Auto.	30
§ 3 Das gefahrenabwehrrechtliche Instrumentarium	32
I. Das präventive Verbot mit Erlaubnisvorbehalt	32
II. Die gefahrenabwehrrechtlichen Verfügungen und Realakte	32
1. Die gefahrenabwehrrechtlichen Verfügungen	32
2. Die gefahrenabwehrrechtlichen Realakte	37
III. Die Gefahrenabwehrverordnungen	38
	IX

§ 4	Die Schutzgüter und die ihnen drohenden Gefahren	41
	I. Das Schutzgut „öffentliche Sicherheit“	41
	II. Der Begriff der öffentlichen Ordnung	42
	III. Die Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung	43
	1. Der Begriff der (einfachen) Gefahr	44
	2. Besondere Gefahrbegriffe	44
	3. Ungeschriebene Gefahrbegriffe und Fehlprognosen	46
	4. Entbehrlichkeit der Gefahr?	48
	Fall 3: Die vermeintlichen Selbstmörder	48
§ 5	Der Pflichtige im Polizei- und Ordnungsrecht	52
	I. Der Verhaltens- und der Zustandsstörer	52
	1. Der Verhaltensstörer	52
	2. Der Zustandsstörer	53
	3. Kausalität als weitere Voraussetzung der Haftung	54
	4. Die Situation bei unklarer Verantwortlichkeit	56
	5. Rechtsfolgen für die Störer	57
	II. Die Verantwortlichkeit auf Grund Rechtsnachfolge	58
	1. Die Rechtsnachfolge in eine noch nicht konkretisierte Pflicht	58
	2. Die Rechtsnachfolge in eine bereits konkretisierte Pflicht	59
	III. Die Polizeipflichtigkeit von Hoheitsträgern	60
	IV. Die Auswahl zwischen mehreren Störern	61
	V. Die unmittelbare Ausführung anstelle des Verantwortlichen	62
	1. Dogmatische Einordnung	62
	2. Voraussetzungen	63
	3. Rechtsfolge des § 8 HSOG	64
	VI. Die Inanspruchnahme eines Nichtverantwortlichen	64
	1. Voraussetzungen des § 9 HSOG	65
	2. Rechtsfolgen der Inanspruchnahme Dritter	66
§ 6	Die Standardmaßnahmen (§§ 12–43 HSOG)	68
	I. Die verschiedenen Befugnisnormen	68
	II. Die einzelnen Standardmaßnahmen	69
	1. Die Befragung und Auskunftspflicht, § 12 HSOG	69
	2. Die Erhebung personenbezogener Daten, § 13 HSOG	70
	3. Die Datenerhebung an öffentlichen Orten, § 14 HSOG	71
	Fall 4: Der Modellversuch eines kameraüberwachten Platzes	73
	4. Die automatischen Kennzeichenlesesysteme, § 14a HSOG	78
	5. Die Datenerhebung durch Observation und den Einsatz technischer Mittel, § 15 HSOG	80
	Fall 5: Der gefährdete Staatsanwalt	82

Inhaltsverzeichnis

6.	Die präventive Telefonüberwachung und der IMSI-Catcher, § 15a HSOG	85
7.	Die „Quellen-TKÜ“, § 15b HSOG	86
8.	Die Datenerhebung durch V-Personen und verdeckte Ermittler, § 16 HSOG	88
9.	Die polizeiliche Beobachtung, § 17 HSOG	89
10.	Die Identitätsfeststellung, § 18 HSOG	90
11.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen, § 19 HSOG	92
12.	Die Datenspeicherung, -verarbeitung und -übermittlung, §§ 20–29 HSOG	93
13.	Die Vorladung, § 30 HSOG	97
14.	Die Platzverweisung, § 31 HSOG	97
15.	Der Gewahrsam, §§ 32–35 HSOG	99
	Fall 6: Der aggressive Bettler	101
16.	Die Durchsuchung von Personen, Sachen und Wohnungen, §§ 36–39 HSOG	105
17.	Die Sicherstellung, Verwahrung, Verwertung und Herausgabe, §§ 40–43 HSOG	107
18.	Das Halten gefährlicher Tiere, § 43a HSOG	110
§ 7	Die polizeiliche Generalklausel (§ 11 HSOG)	112
	Fall 7: Das neue Laserdrom	113
§ 8	Die Vollstreckung im Polizei- und Ordnungsrecht	120
	I. Anwendbares Zwangsvollstreckungsrecht	120
	II. Die Vollstreckung nach §§ 47 ff. HSOG	121
	1. Die Zwangsmittel	121
	a. Die Ersatzvornahme, § 49 HSOG	121
	b. Das Zwangsgeld und die Ersatzzwangshaft, §§ 50, 51 HSOG	122
	c. Der unmittelbare Zwang, §§ 52 ff. HSOG	123
	2. Das gestreckte Verfahren nach § 47 I HSOG	125
	3. Die Voraussetzungen des abgekürzten Verfahrens	129
	4. Der Sofortvollzug ohne Grundverfügung nach § 47 II HSOG	130
	Fall 8: Der Lkw-Anhänger im Nebel	132
	III. Die Vollstreckung nach dem HVwVG	138
	Fall 9: Ausgetrickst?	138
§ 9	Das besondere Polizei- und Ordnungsrecht – das Versammlungsrecht	142
	I. Der Versammlungsbegriff	142
	II. Das Versammlungsgesetz	143
	1. Versammlungen in geschlossenen Räumen	144
	2. Versammlungen unter freiem Himmel	144
	Fall 10: Nazi-Aufmarsch in F?	145

2. Teil: Die Vertiefung und Wiederholung mittels Fällen	149
Fall 1: Das Entführungsdrama (Polizeibegriff, Ermächtigungsgrundlagen)	149
Fall 2: Streit um gefährliche Hunde (Überprüfung einer Rechtsverordnung).	153
Fall 3: Behörde versus Behörde (Einstweiliger Rechtsschutz, formelle und materielle Polizeipflichtigkeit von Hoheitsträgern)	157
Fall 4: Skandal im Sperrbezirk (und anderswo) (Einstweiliger Rechtsschutz, Beschwerde, öffentliche Ordnung, Zweckveranlasser)	161
Fall 5: Der obdachlose Ex-Freund Manni (Obdachlosigkeit, örtliche Zuständigkeit der Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden)	167
Fall 6: Das umkämpfte kommunale Drogenhilfezentrum (Einstweiliger Rechtsschutz, Aufenthaltsverbot, Gefahrbegriff, Maßnahmen gegen Prostitution)	168
Fall 7: Die piercende Spritzerin (Rechtsmittel im einstweiligen Rechtsschutz, Verhältnis des HSOG zum Gewerberecht, Verhältnismäßigkeit)	177
Fall 8: Das Kennzeichenlesegerät (Verfassungsbeschwerde gegen HSOG-Norm, Gesetzgebungskompetenzen bei der Gefahrenabwehr, Datenschutz)	184
Fall 9: Die goldenen Uhren und die Löschung aus dem Polizeicomputer (Datenverarbeitung, Recht auf informationelle Selbstbestimmung)	190
Fall 10: Die Identitätsfeststellung bei Lorenz W. (Fortsetzungsfeststellungsklage, Voraussetzungen der Identitätsfeststellung).	193
Fall 11: Die ungeliebten Hütchenspieler (Fortsetzungsfeststellungswiderspruch und -klage, Standardmaßnahmen und Generalklausel, Übermaßverbot) . . .	197
Fall 12: Der erboste Universitätspräsident (Abgrenzung unmittelbare Ausführung – Vollstreckung, Überprüfung eines Kostenbescheides)	202
Fall 13: Abgeschleppt (Kostenbescheid für eine Vollstreckungsmaßnahme, Probleme der sofortigen Vollziehbarkeit)	208

Fall 14: Der leidige Streit um den Holzlagerplatz (Zwangsgeldfestsetzung, Vollstreckung nach Zweckfortfall)	214
Fall 15: Das tolle Radarwarngerät ist weg! (Rechtsbehelf gegen Sicherstellung und Vernichtung, Konflikt mit Unionsrecht)	218
Fall 16: Die verhinderte Taxiunternehmerin (Einstweiliger Rechtsschutz, Ermittlung der Ermächtigungs- grundlage, HSOG als „Lückenfüller“?)	221
Fall 17: Ein Schreck in der Morgenstunde (Beschwerde gegen Gerichtsbeschluss, Vorgehen nach dem VereinsG).	224
Fall 18: Das Versammlungsverbot gegen rechts (Einstweiliger Rechtsschutz, Versammlungsverbot, öffentliche Ordnung)	227
Fall 19: Tumulte bei der Ehrenpromotion (Fortsetzungsfeststellungsklage, Anscheinsgefahr, Minusmaßnahmen, Grundrechte)	233
Fall 20: Umfangreiche Alkoholprobleme (Allgemeinverfügung gegen Alkoholexzesse Einzelner, Rechtsschutz gegen Rechtsverordnung mit Ordnungswidrigkeit, Vollstreckung)	242
Anhang: Die Lösung der Wiederholungsfragen.	251
Stichwortverzeichnis.	258